

Wahlprogramm

Wahlkreis 136 Höxter/Lippe II/GT III Bundestagswahl 2021



Freie Demokraten

FDP

Der Wahlkreis Höxter/Lippe II weist als ländliche Region eine Reihe von lebenswerten Vorteilen auf, die es zu erhalten gilt. Wir finden hier beeindruckende Landschaften, ein stabiles soziales System mit aktivem Nachbarschafts- und Vereinsleben, getragen von starkem ehrenamtlichem Engagement. Der Kreis weist eine gesunde Beschäftigungslage auf, die auf einer stabilen mittelständischen Unternehmensstruktur basiert.

Die Probleme ländlicher Regionen treffen aber auch den Kreis unvermindert. Die systematische Benachteiligung durch die rot-grüne Landesregierung führt zu einer chronischen Unterfinanzierung. Der neue Landesentwicklungsplan ist nur ein Beispiel dafür, wie landespolitische Entscheidungen den ländlichen Raum zugunsten der Ballungsgebiete benachteiligen.

Die FDP in Höxter und Lippe setzt sich, im besten liberalen Sinne, für Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung ein. Wir wollen eine Politik, die versucht die Probleme des Kreises, so weit möglich, selbst zu lösen. Hierzu bedarf es aber auch den Mut, Probleme klar anzusprechen und unter Umständen Problemlösungen anzubieten, die nicht populär sind. Die nächste Legislaturperiode wird entscheidend sein für die Weichenstellung der Entwicklung des Kreises in den nächsten Jahrzehnten.

Den Kreis zur Bildungsregion machen

Die FDP steht für ein differenziertes Schulsystem, das allen Schülerinnen und Schülern, entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen einen qualifizierten Abschluss ermöglichen soll. Hierbei soll der Elternwille, der im Landesschulgesetz verankert ist, die Schullandschaft prägen. Die FDP tritt ein für eine individuelle Förderung aller, der Schwachen wie der Starken. Der inklusive Unterricht muss so ausgestaltet werden, dass er einerseits den Inklusionskindern entsprechend der Art und dem Ausmaß ihrer Behinderungen gerecht wird, andererseits darf Inklusion aber das Erreichen der gesetzten Bildungsziele nicht gefährden. Die FDP sieht hier ein hohes Konfliktpotential, dessen kurzfristige Lösung nicht zu sehen ist. Die FDP setzt sich deshalb auch für das Weiterbestehen von Förderschulen ein. Eine enge Vernetzung zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen ist für die FDP deshalb ebenso unverzichtbar wie die weitere Stärkung der Hochschule OWL. Mit dualen Studienangeboten und einem dritten Studiengang in Fachrichtung „Pflege“ an der Hochschule OWL kann das Ausbildungsangebot in Höxter und Lippe sinnvoll ausgebaut werden.

Ärztliche Versorgung sichern

Die ärztliche Versorgung des Kreises steht vor dramatischen Einschnitten. Bedingt durch die Altersstruktur, insbesondere im hausärztlichen Bereich, werden im Laufe der nächsten Jahre eine große Zahl von niedergelassenen Medizinerinnen und Medizinern in den Ruhestand gehen, ohne Nachfolger für ihre Praxen gefunden zu haben. Folge wird eine Ausdünnung der Versorgung sein, die zu längeren Anfahrtswegen und Wartezeiten führen wird. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach medizinischen Leistungen auf Grund der demographischen Entwicklung zunehmen. Obwohl Bund und Land bei der ärztlichen Versorgung in der Pflicht stehen, hält es die FDP für erforderlich, als Kommune aktiv zu werden. Anreize zur Niederlassung können verbilligte Angebote von Baugrund oder von Immobilien sein, die sich zu Praxisgründung eignen. Die FDP unterstützt diesbezüglich alle Maßnahmen, die sich zur Attraktivitätssteigerung der Region für junge Familien eignen. Als wichtigsten Faktor sieht die FDP allerdings die Ansiedlung einer medizinischen Fakultät in Bielefeld, da nur hierdurch langfristig junge Medizinerinnen und Mediziner gebunden werden können. Eine Dependence-Lösung lehnt die FDP ab, wie es auch die neue Landesregierung vorgesehen hat.

Innere Sicherheit

Unsere Bürger sind verunsichert über die zunehmende Zahl an Straftaten und fühlen sich in ihrer Sicherheit bedroht. Sie haben daher den Wunsch und das Recht, dass die Politik klar Stellung bezieht und sie schützt.

Dabei ist es vollkommen gleichgültig, ob die Straftaten von deutschen Staatsbürgern oder von unseren ausländischen Mitbürgern begangen werden. Das Gesetz und damit der Staat ist dazu verpflichtet seiner Sorgspflicht nah zu kommen. Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl aller Menschen bei uns im ländlichen Raum gilt es zu verbessern. Die Sorgen unserer Mitbürger müssen wir ernst nehmen und deswegen fordern wir weiterhin und nachdrücklich eine bürgernahe Polizei, eine Wahrung der Mindestsicherheit ist nicht akzeptabel, bei uns im Kreis ist die Anzahl der Streifenwagen von 2009 bis heute von 30 auf 21 geschrumpft. Die Zahl der polizeilichen Zivilwagen hat sich sogar halbiert.

Die Einbruchszahlen steigen immer weiter an, jeder kann wenn er es nicht selbst erlebt hat aber von solchen Einbrüchen in seinem Bekanntenkreis oder in seiner Nachbarschaft berichten.

Tatsache ist, dass die Zahl der Einbrüche von 2009 bis 2016 von 63 auf 132 gestiegen ist, das heißt sie hat sich mehr als verdoppelt.

Dabei weist der Staat zwar vermehrt daraufhin, wie sich der Bürger selbst schützen kann, um nicht Opfer zu werden. Das allein reicht aber nicht aus.

Es darf nicht sein, dass eine Frau in Deutschland Angst haben muss nach Einbruch der Dunkelheit noch durch die Straßen zu gehen.

Es darf nicht sein, dass Mütter sich um die Sicherheit ihrer Kinder sorgen, wenn diese sich nur wenige Meter vom Zuhause entfernen oder an Tagen wie Halloween ihre Kinder abends nach draußen gehen lassen.

Es darf nicht sein, dass wir in unserem eigenen Heim Angst haben Opfer eines Einbruchs oder Überfalls zu werden.

Es darf nicht sein, egal ob Frau oder Mann, egal ob Kind, Jugendlicher oder Senior an öffentlichen Plätzen Angst haben muss Opfer von Taschendiebstählen zu werden.

Es darf nicht sein, dass Frauen zu Freiwild sexueller Übergriffe werden und danach sich auch noch erklären und rechtfertigen müssen. Es muss für Frauen auch nach einem Übergriff überall die Chance zu geben sich an Beratungsstellen in ihrer unmittelbaren Nähe zu wenden ohne sich rechtfertigen zu müssen oder angeklagt zu werden.

Jeder Bürger in Not und jeder Polizeibeamte muss zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Hilfe rechnen können.

Beim Thema Innere Sicherheit geht es in keinster Weise um Vorurteile oder die Brandmarkung bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen, Gewalt jeder Art gegen Minderheiten und Vorverurteilungen lehnen wir vehement ab. Jeder hat das Recht auf Schutz durch Politik und Staat.

Opfer und Täter kann jeder sein und werden, nur muss Ziel und Aufgabe der Politik sein, Sorge für die Menschen zu tragen, die ihm Vertrauen, die ihm ihre Stimme gegeben haben und die diesen Staat stützen.

Ein jeder von uns ist gefragt und gefordert Menschen in Not zu helfen, egal welcher Religion, Staatsangehörigkeit oder Gesinnung, aber niemand hat es verdient in unserem Land Angst vor Gewalt jedweder Art zu haben.

Dazu gehört auch, dass wir die Chance haben zu jedem Zeitpunkt das Gesicht unseres Gegeüber zu sehen und so kommunizieren zu können, wie wir es gewohnt sind.

Vollverschleierungen lehnen wir daher ab.

Der demographischen Entwicklung entgegenwirken

Nach neueren Schätzungen wird der Kreis Hörter bis 2030 über 15% seiner Einwohner verlieren. Dramatisiert wird diese Entwicklung durch die Tatsache, dass die Abwanderung hauptsächlich die Jüngeren betrifft. Folge wird eine zunehmende „Vergreisung“ des Kreises sein.

Die FDP fordert breit gestreute Maßnahmen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ein Leerstandskataster wurde bereits von der FDP initiiert, um sich einen Überblick über den derzeitigen Stand zu verschaffen. Nicht sanierungswürdige Gebäude müssen entfernt werden, Investitionen sich auf erhaltungsbedürftige Immobilien beschränken. Nur eine Wirtschaftspolitik und Infrastruktur, die langfristig Arbeitsplätze schafft und sichert, kann dem Trend gegensteuern. Sie halten junge, gut ausgebildete Menschen in der Region. Für junge Familien müssen gute Kitas in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Schulen, die differenzierte Abschlüsse ermöglichen müssen gut erreichbar sein. Die ärztliche Versorgung, insbesondere im hausärztlichen Bereich droht zu kollabieren. Hier sind Anreize zu schaffen, um sich für junge Medizinerinnen und Mediziner interessant zu machen.

Infrastruktur

Der ländliche Raum ist im Besonderen von einer leistungsfähigen Infrastruktur abhängig. Straßen, Schienen, digitale Verbindungen sind im höchsten Maße "Lebensadern" für die örtliche Entwicklung. Jedes einzelne Segment hat seine besondere Bedeutung und Anforderung. Nach wie vor gibt es Engpässe im Straßennetz, die mehr und mehr Dringlichkeit erlangen, aber zunehmend ideologisch blockiert werden. Umwelt- und Naturschutz ist für die Freien Demokraten selbstverständlich, aber mit Augenmaß aller Betroffenen, also auch des Menschen. Hier steht der Lückenschluss der B64 bei Godelheim an erster Stelle. Gute Erreichbarkeit und Anbindung ist für unsere vorwiegend mittelständische Wirtschaft eine Grundvoraussetzung.

Bei der digitalen Vernetzung gibt es noch viel Nachholbedarf. Gerade der ländliche Raum bietet viele Vorteile für innovative Unternehmen, wenn die Datenanbindung in guter Qualität vorhanden ist. Hier unterstützt die FDP alle Bemühungen eines hochwertigen Netzausbaus. Halbherzige Lösungen statt beste Technik ist für den Nutzer vor Ort wie den "Standort Deutschland" nicht akzeptabel.

Haushaltskonsolidierung durch stabile Finanzen

Die politische Entwicklung hat durch die Verlagerung von Kosten zu Lasten der Gemeinden, insbesondere von Sozialleistungen, zu einer massiven Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit von Kommunen geführt.

Schlanke Verwaltungsstrukturen, die keine aufgeblähten Personalpläne aufweisen und getragen werden durch qualifiziertes, gut bezahltes Personal sind ein adäquates Mittel, finanzielle Ressourcen zu schaffen. Die Finanzierung des Notwendigen muss in allen Bereichen im Mittelpunkt der nächsten Jahre stehen, nicht die des Wünschenswerten.

Die interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Kreisen muss intensiviert werden, um synergistische Effekte zu erkennen, die wiederum Einsparpotentiale aufzeigen können. Hieran sollten Vertreter der Wirtschaft, der Bildung, der Kultur, der sozialen und karitativen Einrichtungen, der Vereine sowie Ehrenamtliche mit einbezogen werden, um einen möglichst breiten bürgerlichen Konsens zu finden.

Energie

Die Energiewende ist nur gemeinsam zu schaffen, zeigt aber deutliche Spuren einer Fehlplanung. Der Kreis Höxter ist bereits jetzt als Paradebeispiel für die Produktion regenerierbarer Energie und deren Probleme anzusehen. Zahlreiche Windparks sind sichtbares Zeichen dieser Entwicklung. Die FDP steht für einen ausgewogenen Einsatz dieser Windparks und anderer Ansiedlungen. Der Kreis Höxter darf als Region, die stark vom Tourismus abhängig ist, die sichtbare Belastung der Landschaft z. B. durch die „Verspargelung“ mit Windrädern nicht grenzenlos akzeptieren.

Realistisch wird aber zu bedenken gegeben, ohne Kernkraft, ohne fossile Energieträger und ohne industriell betriebene regenerative Energien, ist auch kein eigener Strom möglich. Zudem ist eine energie- und umweltpolitische Diskussion, ohne mindestens einen europäischen Kontext (besser einen weltweiten) sinnlos.

